

[illegible]

12. Jahrgang

Wärchenglaube der Entente.

Polens Erbitterung gegen Blond George.

Amerikanischer Beifall für Lord George.

Neue Verschärfung der Lage in Oberschlesien.

Nach, sind das schöne Kindermärchen.

Nur Deutschland gegenüber ist die Sprache der Entente des warmen Stillsitzes des alten Orients entleert und ins moderne Geschäftsmäßige überfegt.

Die Entente verlangt von Deutschland 1 Milliarde in Gold oder guten diskontierten Wechseln binnen 25 Tagen, ferner 12 Milliarden Gold in verzinslichen Schuldverschreibungen am 1. Juli 1921, ferner 55 Milliarden Goldmark in verzinslichen Schuldverschreibungen am 1. November 1921. Die Zinszahlung beginnt dafür ab 1. Mai 1921 und beträgt 5 Prozent zuzüglich 1 Prozent Tilgung ferner 82 Milliarden Goldmark in Schuldverschreibungen, die nach Feststellung der endgültigen Schuld endgültig berechnet und bis zum 1. Mai 1926 mit 2½ Prozent und später dann mit 5 Prozent verzinst werden sollen.

Die Abgahlung dieser im Augenblick ohne Zinsen und Amortisation mit Einschluß der 82 Milliarden vollen 133 Milliarden Goldmark betragenden Schuld soll nach Artikel 4 der Londoner Beschlüsse so erfolgen, daß Deutschland ab 1. Mai dieses Jahres alljährlich 2 Milliarden Goldmark und 26 Prozent des Wertes der deutschen Ausfuhr abliefern. Wenn wir, was bei dem verarmten und außerordentlich wertvoller Gebietsteile beraubten Deutschland in der nächsten Zeit kaum möglich sein wird, die deutsche Ausfuhr im Jahre 1918, dem letzten Weltkriegsjahr, zugrundelegen, würde die Rechnung so aussehen:

2 860 000 000 Goldmark = 26% des Ausfuhrbetrages v. 11 Mrd.
und 2 000 000 000 Goldmark feste Jahreszahlung
Sa.: 4 860 000 000 Goldmark

Mit diesem Betrage würden die Jahreszinsen in den ersten 5 Jahren, die 4 550 000 000 Goldmark betragen, wohl bezahlt werden können. Aber zur Bezahlung des einen Prozents Amortisation würden jedes Jahr noch 190 Millionen Goldmark fehlen. Ab 1. Mai werden an Zinsen und Amortisation jährlich 7 100 000 000 Goldmark aufzubringen sein. Wenn Deutschland also so zahlen will, wie es nach den Londoner Beschlüssen nötig ist, so müßte es bis dahin eine jährliche Ausfuhr von rund 20 Milliarden Goldmark erreicht haben. Obel dann ja noch immer sehr fraglich ist, ob dadurch der Zuwachs an Wirtschaftswerten einer Jahressumme von mehr als 7 Milliarden Goldmark gleichtunnt. Eigentlich ist es nicht mehr fraglich, sondern phantastisch, könnte Deutschland alle von der Entente gewünschten Zins- und Amortisationssummen auf, so hätte es nach Ablauf von 40 Jahren die märchenhafte Summe von 298 Milliarden Goldmark aus seiner Wirtschaft herausgeholt. Dann blieben noch die 82 Milliarden zu bezahlen. Also insgesamt die 380 Milliarden Gold oder fast 5 Billionen Papiermark nach dem heutigen Kurs.

Wieviel 5 Billionen sind? Das weiß ich auch nicht. Bisher, solange die Welt besteht, gehörten derartige Summen ausschließlich den Rechnungsbearbeitern der Astronomen an.

Die Zahlungen seitens Deutschlands können nur in Arbeitswerten geleistet werden, also durch industrielle Waren. Diese Waren müssen ins Ausland gebracht, und mit ihnen muß dort Gold eingetauscht werden, das der Entente dann übergeben wird. Denn wenn Deutschland im Innern zehnmal wirtschaftlich mächtiger würde, als es zurzeit ist, hätte die Entente davon nicht den geringsten Vorteil. Zahlungen für sie werden nur möglich durch Werte, die die deutschen Landesgrenzen verlassen.

Die Erhöhung der deutschen Ausfuhr wird nur sehr, sehr langsam vor sich gehen, und es erscheint ausgeschlossen, daß sie die Höhe erreicht, die erforderlich wäre, um die Entente-Forderungen begleichen zu können. Im Jahre 1907 (das letzte Jahr von dem uns Ziffern vorliegen) betrug die Gesamtausfuhr der Hauptstaaten der Erde: Vereinigte Staaten, Rußland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Belgien, Niederlande, Italien, Deutschland und Groß-Britannien, 38,68 Milliarden Goldmark. Diese Ausfuhrziffer enthält nur reichlich die Hälfte industrieller Waren. So glauben, daß die deutsche Ausfuhr niemals eine Jahressumme von 20 Milliarden Gold-

markt erzielen würde, diese annehmen, daß Deutschland binnen kurzem die gesamte industrielle Ausfuhr dieser eben genannten Gütern an Industrieländern allein in die Hände bekommen könnte. Das ist natürlich die äußerste Unbill.

Durch die Auflage, 25 Prozent von der deutschen Ausfuhr an die Entente zu zahlen, wird eine Verdrößerung der deutschen Konsumkraft gegenüber dem Ausland gelähmt, die Ausfuhr herabgesetzt und Deutschlands Zahlungsfähigkeit vermindert. Aber selbst wenn man annehmen wollte, daß die Überforderung der Welt mit deutschen Industrieprodukten so rasch erfolgen könnte, wie die Entente sich das offenbar vorstellt, so müßte das auf Kosten der Ausfuhrindustrie und selbst der Industrie für den inneren Bedarf der fremden Länder geschehen. In allen Industrieländern herrscht heute schon eine überhöhte Arbeitslosigkeit. Wenn nun deutsche Produkte in großen Massen auf den Märkten fremder Länder verdrängen würden, so würde ein riesiger Teil der fremden Industrien dadurch ruhegelegt werden müssen. Daraus würden sofort ungeheure Widerstände erwachsen, daß kein Land der Erde vermeiden könnte, hohe Zölle gegen die deutsche Einfuhr aufzurichten. Dadurch aber würde der deutsche Export verkleinert und Deutschlands Zahlungsfähigkeit wieder herabgebracht werden. Auch wenn Deutschland den Ententeländern unmittelbar in Waren bezahlen könnte, könnte diese Absicht nicht durchgeführt werden, weil so ungeheure Mengen von ententetommender Produkte die einheimische Industrieproduktion dieser Länder sofort auf schwerste Schäden müßte. Wir haben ja gesehen, daß schon die deutschen Kohlenlieferungen die bergbauliche Produktion in England, Belgien und Frankreich sehr gefährdet haben.

Die deutsche Warenexport hat also natürliche Grenzen und ganz enge Grenzen. Die deutsche Ausfuhr im Jahre 1913, der schwere Konsumkrisis, der infolge der rasch aufblühenden deutschen Industrie auf dem Weltmarkt einsetzte, hat schon damals die Welt beunruhigt und die wirtschaftlichen Ursachen zum Kriege abgegeben. Damals hatte die Welt keine Möglichkeit zur Entlastung der deutschen Weltmarktbelastung. Heute sind sie gegeben und werden angewendet werden. Man sage aber ein nächster Mensch, wie Deutschland die Forderungen seiner Gegner erfüllen soll. Wie soll ein Mensch, dem man ein Siegel an die Nase bindet, im Weltlauf mit freien Mäulern vorankommen können?

Wenn man nur unterschreiben wollte, was mit bestimmter Sicherheit geleistet werden könnte, hätte die Annahme des Ententekompromisses verweigert werden müssen. Dann wäre sofort das Ruhrgebiet besetzt und unübersehbar schwere Folgen für Deutschland wären herausbeschworen worden. Wenn die deutsche Regierung das zunächst vermeiden wollte, gab es gar keinen anderen Weg der Rettung, als die Annahme. Das deutsche Volk wird bemerkt sein, zu leisten, was überhaupt aufbringbar ist. Die Drohung mit der Besetzung des Ruhrgebiets bleibt bestehen, weil Deutschland aller Wahrscheinlichkeit nach schon die ersten Male nicht wird bezahlen können, ohne Inventurhände seines wirtschaftlichen Hausbaus zu veräußern. Außerdem hat die Entente ja zu Duzend Male bemerkt, daß sie jeden Tag einen Vorwand zur Pression findet, und daß sie auch ein altes verrostetes Gewehr, das irgendwo noch herumliegt, zum Anlaß einer Mobilisierung zu nehmen bereit ist.

Es gab zwei Wege zu Deutschlands Ruin, die gleichzeitig auch zum europäischen Bankrott führen. Einen längeren und einen kürzeren: Annahme und Ablehnung. Deutschland hat den ersten gewählt. Es gewinnt dadurch Zeit und hat die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben, daß auch die Entente von der Zeit Belehrung annimmt. Sie wird hoffentlich — ehe es spät ist — aus ihren Märchentäumen von mühsam ihr zuffühenden goldenen Zeiten erweckt werden und die Notwendigkeit erkennen, selbst Hand an Werk zu legen.

Kommt es anders, dann trifft Deutschland keine Schuld daran.

Ein englischer Fachmann über Oberschlesien.

In der angesehenen englischen Fachzeitschrift „The Colliery Guardian“ schreibt der ehemalige Oberbergwerksinspektor E. P. Rathbone aus Transvaal seine Ein-

drücke von einem Besuch des ober-schlesischen Industriegebietes.

Einleitend bemerkt er, daß es, wenn man erfahre, daß Oberschlesien ein mehreres hundert Jahre nicht mehr zu Polen gehört habe, und man die Größe der deutschen Industrie in diesem Gebietes kennen gelernt habe, schwer zu verstehen sei, wie es so unglücklich gescheit. Und die Abkommenskommission im Pariser Vertrag habe gemacht werden können. Man würde dann sofort, wenn man bemerkt, daß der größte Teil der ober-schlesischen Bevölkerung ebenso wenig als Polen zu bezeichnen sei, wie etwa die Transvaal-Buren als Holländer. In beiden Fällen handelt es sich um einen besonderen Dialekt und eine Mischrasse. Nur mittels ungeheurer Geldsummen (auch höchst unanständiger Werbemittel) (wuch dissonant und unklar propagandistisch) ist ein Teil der ungebildeten Bevölkerung dazu gebracht worden, für Polen zu stimmen. Herr Rathbone war angefaßt der großartigen Wohlthatenleistungen, welche in großen Bergwerkeschäften für ihre Arbeiter geschehen haben, über-schuldungsüber die mangelnde Anerkennung und die Unbilligkeit der (sozialistischen) Arbeiterbewegung.

Es folgt eine Beschreibung der geographischen und geologischen Verhältnisse des ober-schlesischen Kohlen- und Erzgebietes. In welchem eine 200.000-jährige Geschichte seien. Der Verfasser meint, wenn man den Polen gestatte, einen Teil dieses Industriegebietes sich einzuverleiben, so werde die ganze industrielle Welt darunter leiden. Verschieden mehrerorts ruiniert werden, und nicht einmal französisches Kapital könne es retten, während es andererseits dann Deutschland unendlich sein würde, seine Kriegsschuld zu bezahlen. Die heute wirtschaftliche Ausnutzung der außergewöhnlich günstigen Bedingungen des Gebietes sei lediglich deutschen Gewerkschaften, deutscher Lastrast und Unzufriedenheit zu verdanken. Wenn die Gruben Polen gehört hätten, würde Oberschlesien das sein, was Polen heute wäre, nämlich ein bankrotter, von einem in industrieller Hinsicht ganz unverantwortlichen und unfähigen Volk bewohnter Staat.

Der Verfasser macht zum Schluß noch einige sehr schmerzliche Bemerkungen über die lebenswichtige Aufnahme, die er bei den deutschen Fachgenossen gefunden, und die er nach der gegenwärtigen Verheerung der Völler während des Krieges nicht erwartet habe. Er schreibt dies allerdings auch dem Umstand zu, daß er kein Hehl aus seiner Überzeugung gemacht habe, daß die ober-schlesische Industrie so bald als möglich wieder zu der früheren Blüte gebracht werden müsse, da es eine unweifelbare Wahrheit sei, daß, wenn ein wichtiges Glied der Weltwirtschaft zum Erliegen komme, auch alle anderen Teile des gesamten Wirtschaftskörpers mit ihm leiden würden.

Mit diesem Urteil eines hervorragenden englischen Fachmannes können wir zufrieden sein und glauben, es der Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu sollen. Hoffentlich findet der Ruf nach diesem Marktschreier Engländer in der in- und ausländischen Presse diejenige Beachtung, die er gerade im jetzigen Augenblick, wo der Endkampf um Oberschlesien entbrannt ist, verdient.

Die Durchführung der Reparation.

Paris, 13. Mai. Der „Intransigent“ schreibt, daß die Vereinigten Staaten bereits zur Teilnahme zu der Ende Mai nach dem Londoner Abkommen zu errichtenden Garantiekommision eingeladen seien. Die Kommission wird ihren Sitz in Paris haben. Das Blatt glaubt zu wissen, daß bereits eine prinzipielle Einigung darüber erzielt sei, den Vorschlag dem französischen Vertreter Lannery zu geben. Lannery ist bei den letzten Konferenzen in London über die Reparationsfrage als Finanzfachverständiger aufgetreten. Während des Krieges war er Leiter des wirtschaftlichen Auswärtigenbüros im Kriegsministerium.

Paris, 13. Mai. Die Reparationskommission beschäftigt sich nach dem „Temps“ gegenwärtig mit der Ausführung der Artikel 5, 6 und 7 des Londoner Zahlungsplanes. Jedes der in Reparationsauschuss vertretenen Länder soll durch seinen Vertreter besonders die betreffenden Fragen bearbeiten.

Erhaltung des Weltfriedens gerade eine positive Zusammenarbeit Österreichs und Rußlands in Balkanfragen gewesen wäre, geht aus mehreren Äußerungen europäischer Politiker über diese Frage hervor. In der Tat haben sowohl Bulgarien, wie namentlich Serbien in einer tatsächlichen Ausöhnung zwischen Österreich und Rußland eine Bedrohung ihrer politischen Ausöhnung erblickt. Sodann wird gezeigt, welche Schwierigkeiten Rußland zu überwinden hatte, ehe es dem Petersburger Kabinett gelungen ist, den gegen Österreich-Ungarn gerichteten Bloß der Balkanstaaten ins Leben zu rufen.

Von Interesse ist ferner das Kapitel über die asiatischen Fragen. Es kennzeichnet die imperialistische Politik Japans und Rußlands mit China als Objekt. Einige der hauptsächlichsten Ereignisse der Jahre 1909 bis 1914 sind in diesem Kapitel kurz zusammengestellt. Darnach hat der amerikanische Staatssekretär Bryan sich bemüht, dem Prinzip der offenen Tür in China Geltung zu verschaffen und in China einen neutralisierten Pufferstaat zwischen Japan und Rußland zur Vermeidung von möglichen Zusammenstößen zu errichten. Diese Absicht hat Amerika das größte Mißtrauen Rußlands und Japans zugezogen und zu einem rein imperialistischen Tendenzen verfolgenden Zusammenschluß der japanischen und russischen Politik in China geführt.

Aus weiteren Schriftstücken geht hervor, in welchem Maße die Möglichkeit einer Verständigung zwischen London und Berlin die Regierungen von Paris und Petersburg beunruhigt hat. Es ist allerdings anzunehmen, daß die natürliche Entwicklung der Dinge England zu einem für beide Teile annehmbareren Kompromiß mit Deutschland geführt hätte, nachdem die englische Regierung jahrelang die deutschen Pläne hintertrieben hatte. Die Bervertung einer Verständigung mit Deutschland in der Frage der Bagdadbahn ist von Sir Charles Hardinge

Washington, 13. Mai. In amtlichen Kreisen wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Lage in der Reparationsfrage nunmehr befriedigend ist, und daß ein großer Schritt in der Richtung der Rückkehr zu normalen Verhältnissen getan worden ist.

England für Aufhebung der Sanktionen.

Paris, 13. Mai. Nach einer vom Temps veröffentlichten Meldung aus London soll der Vertreter Englands in der Reparationskommission in London angekommen sein, um die Aufhebung der Zollgrenze am Rhein sowie die Währung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zu besprechen. Auch sollte dahin gewirkt werden, daß die deutsche Regierung den allierten Geschäftsteuten, die sich in den besetzten Gebieten niedergelassen haben, die von der Interalliierten Kommission bewilligten Lizenzen garantierte. Die deutsche Regierung werde aufgefordert werden, durch Uebergangsmassnahmen die Gültigkeit von Verträgen und die Ausfuhrerlaubnisse sicherzustellen.

Zukunfts-Kapitalismus.

In einem „Und der Sozialismus?“ überschriebenen Artikel in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ lehnt sich Paul Bensch mit der Entschiedenheit der Sozialdemokratie in der Frage des Ultimatums aus. Bensch stellt fest, daß er die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion billige. Ueber die Wirkungen der eingegangenen Verpflichtungen gegenüber der Entente sagt Johann Bensch:

„Die Umverteilung der modernsten technischen und wissenschaftlichen Erfindungen in den Produktionsprozeß, die bisher das Zwangsgebot nur der Konkurrenz waren, wird in Zukunft auch das Zwangsgebot der Politik bilden. Normenbau und Typenwesen, Psychotechnik und Taylorsystem, Dinge, die in letzter Zeit dem deutschen Wirtschaftsleben sich zu nähern begonnen hatten, werden ihm in Zukunft das Gepräge aufdrücken. Und alles das unbeeinträchtigt von sozialistischen oder sozialisierenden Eingriffen, sondern lediglich gestellt unter den einen Gesichtspunkt: Steigerung der Produktion, und zwar nicht um den gesellschaftlichen Reichtum in Deutschland zu heben, sondern um ihn in den Gebieten der Landesfeinde zu heben. Wie das deutsche Volk im allgemeinen und die deutsche Arbeiterklasse im besonderen dabei fahren werden, was aus der vielgerühmten deutschen Sozialgesetzgebung werden wird, das kommt erst in zweiter Linie in Betracht.“

Mit anderen Worten: haben wir in der Vergangenheit Kapitalismus gehabt, so werden wir in Zukunft Sozialkapitalismus haben. Und die tiefe geschichtliche Ironie dieser Situation ist: die Sozialdemokratie muß dabei helfen. Ein kapitalistischer Sozialismus, eine Sozialdemokratie, die kapitalistische Wirtschaftspolitik treiben muß: das ist die Konsequenz der Politik des 10. Mai 1921.“

Eine vergibt Bensch dabei: Daß der Kapitalismus, mit dessen Hilfe oder vielleicht auch nur mit dessen Hilfsmitteln die Kräfte zur Erfüllung der Friedensbedingungen erwirtschaftet werden müssen, ein ganz anderer Kapitalismus sein wird als der Kapitalismus der Vergangenheit. Diejenigen irren sich nämlich, die da glauben, daß die Notwendigkeit der Aufbringung der gewaltigen Mittel zur Befriedigung der Entente an der Profitrate spurlos vorübergehen könne. Das haben auch die Parteien der Nutznießer der Industrie- und der Bodenrente vorausgesehen. Und nur aus dieser Voraussicht erklärt sich ihr scharfer Widerstand gegen die Erfüllung der harten politischen Notwendigkeiten bei der Abstimmung über das Ultimatum im Reichstage.

Streikbeschuß der schottischen Eisenbahner.

London, 13. Mai. Wie die Blätter melden, haben die Bezirksräte von Glasgow und Westschottland des Nationalverbandes der Eisenbahner beschlossen, heute abend in den Zustand zu treten, um die Wiedereinstellung von Eisenbahner zu erzwingen, die infolge ihrer Weigerung, Kohlen zu befördern, entlassen worden waren. Dieser Beschluß ist ohne die Genehmigung des Vollzugsausschusses der Eisenbahner gefaßt worden, der heute mit dem Vollzugsausschuß des Transportarbeiterverbandes zusammentritt, um gemeinsam über die in der Kohlenfrage zu befolgende Politik zu beraten.

Die Ententepolitik der Vorkriegsjahre

B. von Siebert, der ehemalige Sekretär der russischen Politik in London, hat von den Jahren 1907 bis 1914 ungefähr 800 diplomatische Aktenstücke gesammelt, die später gedruckt und jetzt auch in deutscher Sprache (bei der Vereinigung wissenschaftlicher Berleger in Berlin) erschienen sind. Die Dokumente enthalten ein für die Geschichte der Vorkriegsjahre bedeutsames Material, das durch die meisten Chronologisch angeführten Dokumente selbst, ohne verbindenden Text, zur Darstellung gebracht wird. Da die einzelnen Dokumente nur im Zusammenhang in ihrer vollen Tragweite gewürdigt werden können, haben die einzelnen diplomatischen Aktenstücke, die bisher in verschiedenen „Festschriften“ und bolschewistischen Publikationen einen Platz gefunden haben, einen relativ so geringen Wert für die allgemeine Aufklärung gehabt.

Die ersten drei Kapitel bilden die Folie zu den Tatsachen, die 1914 unmittelbar zum Weltkriege geführt haben. Bei der Schilderung der bosnischen Anexionstriefe ist der Nachweis interessant, daß 1900 zwischen Rußland und Österreich-Ungarn keine wirtschaftliche Ausöhnung stattgefunden und der russische Außenminister Sowjotz sich absichtlich mit einer „Fassade“ — einer rein formalen Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen — begnügt hat. Gleichzeitig lebt das Bestreben des Petersburger Kabinetts ein, die österreichische Balkanpolitik zu binden und gegen sie einen Damm zu errichten, hinter dem die Balkanstaaten erstarken können, um im historischen Augenblick der Liquidierung des Ostian- resp. Meerengen-Problems, die ihnen vom Panislamismus zuerkannt Rolle: gegen die Donaumonarchie spielen zu können. Dieser Gedanke kommt u. a. in einem Briefe des russischen Botschafters in Paris vom 2. Februar 1910 zum Ausdruck. Wie wichtig jedoch für die

dem russischen Botschafter gegenüber zum Ausdruck gebracht worden. Der russische Botschafter hatte aus der Unterredung mit Hardinge den Eindruck, daß „die englische Regierung nur eine Lösung der Bagdad-Frage zulassen werde, die bis zum persischen Golf führe und damit den letzten Sektor England überlasse“. Wie die Möglichkeit einer deutsch-englischen Verständigung in der Bagdad-Bahn-Frage die lebhafteste Besorgnis von Frankreich und Rußland hervorgerufen hatte, so sind die Potsdamer Kaiserbegegnung und die hierauf folgenden Verhandlungen zwischen Rußland und Deutschland der Anlaß zu einem ernstlichen Mißverständnis zwischen Rußland auf der einen und England und Frankreich auf der anderen Seite, weil England und Frankreich sich durch eine mögliche russisch-deutsche Verständigung für benachteiligt hielten. Die Besorge, die Siebert für diese Tatsachen beibringt, sind ganz besonders zahlreich und eindeutig.

Zu Beginn des Jahres 1914 nähert sich der Gedanke, einen festgefühten Bloß der Balkanstaaten als Waffe der russischen Politik gegen Österreich-Ungarn einzusetzen, seiner Vollendung. Die Konstantinopeler Mission des Generals Ciman von Sanders veranlaßt England, den drei Mächten die Unterzeichnung einer Note an Berlin vorzuschlagen, daß sie sich gezwungen fühlen, ihre eigenen Interessen in der Türkei wahrzunehmen, wenn das Kommando über das Konstantinopeler Armeekorps einem deutschen General anvertraut werde. Es ist bezeichnend für den Stand der deutsch-russischen Beziehungen, daß es aus einem an und für sich untergeordneten Anlaß beinahe zu einem Kriege zwischen Rußland und Deutschland gekommen wäre, wenn nicht Deutschland schließlich den russischen Forderungen Rechnung getragen hätte.

Der Bundel von den bisher bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland zu

Es war, wie gesagt, zu Anfang, daß der alte Sternsteinhofer seine meiste Zeit bei der kranken Bäuerin zubrachte, mühsam kam er fettener, schließlich blieb er gar lange von dem einen auf das andere Mal weg; dazu bestimmten ihn zwei Gründe. Et hatte geglaubt, die Schwiegermutter würde ihres Stieghaus Meißter werden, bald wieder auf die Beine kommen, und darum suchte er sie zu zerstreuen, seine Gedanken an Vermaßlassigung und Vereinsamung in ihr aufkommen zu lassen und sie bei gutem Mute zu erhalten; der Gesundheit wollte er dann beistehen, ihre Rechte zu wahren und

Bewerkschaftliches.

Der Verbandsbeirat des Zentralverbandes der Angestellten tagte Ende April in Weimar. Es war seine Aufgabe, die nächsten Vorbereitungen zu treffen für den Ende Mai stattfindenden Verbandstag. Die vom Vorstand vorbereitete Abmachung über eine Verschmelzung mit dem Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsverlagswesens fand die einhellige Zustimmung des Beirats; der Verbandstag wird endgültig darüber beschließen. Eine ausgiebige Debatte fand über den vom Vorstand vorgelegten Organisationsvertrag zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (Afa-Bund) statt. Verschiedene Redner vertraten die Auffassung, daß es zweckmäßiger sei, wenn ADGB und Afa-Bund eine gemeinsame Spitzenorganisation bildeten. Da die Durchführung dieses Gedankens aber nicht allein vom Zentralverband der Angestellten abhängt, sondern auch auf die übrigen Afa-Organisationen Rücksicht genommen werden muß, wurde der vorliegende Organisationsvertrag vorbehaltlich der endgültigen Zustimmung des Verbandstages angenommen. Da über die Auslegung des in einer früheren Beiratsitzung gefassten Beschlusses: „Der Beirat stellt fest, daß Mitglieder, die einer Partei angehören, die die Richtlinien der Dritten Internationale anerkennt, nicht als Beamte in unserem Verband tätig sein können“, eine Meinungsverschiedenheit entstanden war, gab der Verbandsbeirat hierzu folgende Deklaration: „Der Beirat stellt fest, daß als Beamte alle in unserem Verbandsbezirk beschäftigten Angestellten gemeint sind.“

Weiter kam in derselben Sache nachstehende Entscheidung zur Annahme:

„Mitglieder, die einen Funktionärposten bekleiden sollen, müssen sich verpflichten, in unserem Verbandsbezirk nach unseren Satzungen, den Beschlüssen des Beirats und Verbandstages, den Richtlinien des ADGB und des Afa-Bundes zu arbeiten. Sie müssen den Internationalen Gewerkschaftsbund zu Emmerdam als internationale Zusammenfassung der Gewerkschaften anerkennen und diesen in jeder Weise fördern.“

Anhänger der kommunistischen Parteien können deshalb keinerlei Funktionen in unserem Verbandsbezirk ausüben.

Sodann legten die für den Verbandstag in Aussicht genommenen Referenden zu folgenden Punkten: a) Das einheitliche Arbeitsrecht, b) Lohn- und Tarifwesen, c) Arbeitsgemeinschaften, d) Kapitalistische oder sozialistische Wirtschaft, e) Industrieverband oder Angestelltenvereinigung, f) Jugendbewegung, in großen Umfassen dar, in welcher Weise sie die Fragen zu behandeln gedenken. Die Aussprache ergab, daß im wesentlichen übereinstimmende Ansichten in diesen Fragen vorhanden sind.

Vorläufige Stellenangeboten!

Aus Deutschland sind Graveure, Kupferstecher, Plättler und sonstige Arbeiter unter großen Versprechungen in die Reichsdruckerei Finnlands in Helsinki in Stellung gegangen. Sie alle sind jedoch stark enttäuscht, da der Lohn bei der ungeheuren Teuerung nicht ausreicht. Ein Besuch an die Direktion um Gehaltszulage blieb unbeantwortet. Ein Direktor soll nun nach Deutschland kommen, um andere Arbeiter an Stelle der „Unzufriedenen“ zu holen. Die Genossen warnen daher ihre Berufsangehörigen davor, etwaigen Stellenangeboten in Finnlands Reichsdruckerei, die recht verlockend erscheinen, zu folgen.

Diese Warnung gilt für alle Arbeiter bei ausländischen Stellenangeboten. Der hohe Lohn, der dabei angeboten wird, belügt nicht; er ist ohne Kenntnis der Lebensmittelpreise in dem betreffenden Lande eine unheimliche Größe. Deshalb muß man sich bei seiner Organisation oder durch ihre Vermittlung über die Lebensverhältnisse eines fremden Landes genau erkundigen. Erst dann kann man ungefähr beurteilen, ob der so hoch erscheinende Lohn einigermaßen ausreichend ist, und sich anschließen. Wer so leichtfertig ist, auf blauen Dumm hin ins Ausland in Stellung zu gehen, und sei es selbst nach dem gelobten Rußland, darf sich nicht wundern, wenn er geschädigt wird.

Internationale Bestrebungen der Gärtnerarbeiter. Die Verbände der Gärtnerarbeiter in den skandinavischen Ländern erwägen den Plan, unter sich einen Bund zu

schließen, wie es auch schon von den skandinavischen Gewerkschaften anderer Berufe geschehen ist. Ferner sind Veruche unternommen worden, einen internationalen Bund der Gärtnerarbeiter zu errichten. Es liegen schon aus 12 Ländern zustimmende Erklärungen vor. Unter diesen befinden sich Frankreich, Belgien, die Niederlande, Dänemark und Schweden. Man beabsichtigt, eine internationale Konferenz einzuberufen.

Genossenschaftliches.

Der Verband ostdeutscher Konsumvereine.

Dem auch die Konsumvereine unseres Ausbreitungsgebietes angehören, hielt am 7. und 8. Mai seinen Verbandstag in Guben ab, der von 62 Vereinen aus den Provinzen Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen besucht war. Insgesamt nahmen an den Verhandlungen 168 Genossenschaftler teil. Die Regierung hatte einen Vertreter entsandt und war auch der Magistrat der Stadt Guben vertreten. Ueber die Entwicklung des Verbandes berichtete Verbandsschreiber Hilbrandt, Berlin. Aus seinem Vortrage ging hervor, daß der Verband resp. die ihm angeschlossenen Vereine im letzten Jahre eine in der Genossenschaftsgeschichte beispiellos günstige Entwicklung aufweisen können. Es sind dem Verbands, dem zu Anfang des Jahres 123 Konsumvereine angehörten, 45 Vereine beigetreten, die fast reißend im letzten Jahre gegründet wurden. Dadurch sind zurzeit in der Provinz Pommern 33 Vereine gegen 9 vor Ausbruch des Krieges und 20 Vereine in Ost- und Westpreußen vorhanden, während auch hier vor Ausbruch des Krieges nur 9 Vereine vorhanden waren. Durch das Ausscheiden der Vereine der Provinz Schlesien, die jetzt einen eigenen Konsumverband bilden, beträgt die Zahl der dem Verbands angeschlossenen Konsumvereine 181. Die Zahl der Mitglieder in den Vereinen ist von 299 690 auf 363 452 und der Warenumsatz von 106 940 025 Mark auf 329 730 930 Mark gestiegen. Das ist gegenüber 1914 eine Steigerung um 53,2 Prozent. In den eigenen Betriebsstätten wurden für 50 293 147 Mark Waren erzeugt gegen 28 571 680 Mt. im Vorjahre. Eingehend berichtet wurde über die Auseinandersetzungen mit dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren und mit dem Verbands der Transportarbeiter über den Abschluß eines Bezirksrahmentarifs. Ein Antrag Sprembergs, einen solchen abzuschließen, wurde abgelehnt und besteht demnach der dringende Wunsch auf Abschluß eines Bezirksrahmentarifs zwischen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und den genannten Gewerkschaften. Die Auseinandersetzungen hierüber haben auf jeden Fall klärend gewirkt. Eingehend beschäftigte sich der Verbandstag mit folgenden Angelegenheiten:

„Die Warenverteilung durch Werkskonsumvereine, Betriebsräte und Gewerkschaften. Referent Paul Lange, Berlin.“ „Bericht über die Revisionstätigkeit 1920, erstattet vom Revisor Richard Hahn, Luckenwalde.“ „Die Notwendigkeit der Stärkung der Betriebsmittel und die Durchführung der Richtlinien“. Referenten Hugo Bastien-Hamburg und H. Hilbrandt-Berlin.“ „Die Konsumentenvereine und deren Förderung.“ Zu dem Vortrage über „Die Warenverteilung durch Werkskonsumvereine, Betriebsräte und Gewerkschaften“ wurde eine Entschließung angenommen, in der ausgesprochen wird, daß eine Verbilligung der Waren durch den milden Handel der Betriebsräte nicht erreicht werden kann. Auch jene Maßnahmen der Gewerkschaften zur Verbilligung von Lebensmitteln und Bedarfsgütern, die zum Teil in Verbindung mit staatlicher Hilfe ausgeführt sind, haben nicht den erwarteten Erfolg für die Konsumenten gehabt, sondern, wie sich z. B. im Bergbau gezeigt hat, führten zu einer weiteren Bereicherung der Unternehmerverbände. Zum Schlusse heißt es in der Entschließung:

„Der Verbandstag des Verbandes ostdeutscher Konsumvereine richtet daher an die Beamten, Angestellten und Arbeiter, sowie an sonstige Kreise der konsumierenden Bevölkerung in ihrem Interesse das Ersuchen, den Konsumgenossenschaften — soweit es noch nicht geschehen ist — beizutreten, alle ihre Lebensmittel und Bedarfsgüter bei diesen zu kaufen, damit die Konsumvereine ihren Aufgaben noch mehr als bisher gerecht werden und immer mehr zur Eigenproduktion übergehen können. Dies ist der Weg, auf dem die Verbraucher einen wirklichen Einfluß auf Warenvertrieb, Warenerzeugung und Preisgestaltung gewinnen können.“

Mietszuschläge in deutschen Städten.

Nirgends herrscht wohl ein größeres Durcheinander, als auf dem Gebiet der Berechnung der Mietszuschläge. Die „Post-Zeitung“ hat vor einigen Tagen einen ausführlichen Artikel veröffentlicht, in dem sie nähere Angaben über die einzelnen Berechnungsarten bringt. Es wird auch für unsere Leser interessant sein, einmal einen Überblick über die höchstmöglichen in den verschiedensten Großstädten zu gewinnen. Durch eine Rundfrage ergab sich folgendes Bild:

Kiel: 20 v. H. Auf die Mieten können ferner die Zinsen des für Reparaturen aufgewendeten Kapitals abgewälzt werden. Außerdem hat der Mieter die Gebühren für Wasser und Abfuhr zu zahlen.

Hannover: 40 v. H. für alle Räume.

Potsdam: 30 v. H. für alle Räume.

Königsberg: 30 v. H. für alle Räume.

Dortmund: 35 v. H. für alle Räume.

Köln: 20 v. H. für alle Räume.

Bonn: 35 v. H. Davon sind 15 v. H. nur für Reparaturen zu verwenden, falls diese nicht durch Steuer und Zinsen aufgezehrt werden.

Bochum: 35 v. H. Ueber den Zuschlag für Geschäftsräume entscheidet das Mietsamt von Fall zu Fall.

Rastatt: 18 v. H. für alle Räume.

Hamburg: 70 v. H. für alle Räume.

Karlsruhe: 65—70 v. H. für alle Räume.

Breslau: 30 v. H. für Wohnungen, 40 v. H. für Läden.

Frankfurt a. O.: 33 1/2 v. H. für Wohnungen, 40 v. H. für Läden.

Koblenz: 20 v. H. Wassergeld ist besonders zu entrichten. Für Geschäftsräume wird ein Zuschlag von 50 v. H. erhoben.

Erfurt: 40 v. H. für Wohnungen, 50 v. H. für Läden.

Düsseldorf: 35 v. H. für Wohnungen, 55 v. H. für Läden.

Elberfeld: 40 v. H. für Wohnungen, 60 v. H. für Läden.

Bremen hat keine bindenden Mietssteigerungen. In der letzten Zeit sind die Hausbesitzer so verfahren, daß sie die Veranlagung der Mieten auf der Grundlage einer zwölfprozentigen Verzinsung des Friedenstraktats vorgenommen haben.

Aus aller Welt.

Das Mädchen von Stenay. Ein literarischer Skandalprozess, in dem der Name des früheren deutschen Kronprinzen vorkommt, wird in Paris angekündigt. Der Schriftsteller Dumur hat in einem Roman, der den angenehmen Titel trägt: „Der Schlichter von Verdun“, einiges über das Leben im Hauptquartier des Kronprinzen erzählt und dabei erwähnt, daß die Maitresse des Kronprinzen das hübscheste Mädchen von Stenay, Fräulein Blanche Dessirey, gewesen sei. Durch diese Angabe, die mit vielen Einzelheiten ausgeschmückt wird, hat sich Fräulein Dessirey beleidigt gefühlt. Sie hat gegen den Autor und gegen den Verfasser eine Klage eingereicht, und als Entschädigung will ihre verletzte Ehre die Summe von 25 000 Franken haben. Eine Zeitung schlägt vor, den deutschen Kronprinzen selbst als Zeugen zu vernehmen. Wenn er wirklich den guten Ruf des jungen Mädchens in Schutz nehmen wollte, dann müßte er viel Sympathie gewinnen. — Über wenn es nun der als größter Schürzenjäger in der Gasse bekannte ehemalige Kronprinz nicht kann?

Das Heidelberger Fest übertrumpft. Wir lesen in der „Völkischen Zeitung“, dem Organ des Zentralverbandes der Völkischen: Ein tolles Fest, das jüngst für eine Weinbaugesellschaft in Kalifornien gebaut wurde, wird für lange Zeit — vielleicht sogar für immer — den Ruhm des Heidelberger Festes, das bis jetzt als das größte, berühmteste aller Städtchen galt, verdrängen. Das kalifornische Fest, wurde aus dem Holz eines der riesigen Bäume der amerikanischen Far West geschnitten, und der Bau dauerte fast zwei Jahre. Die Fahndauer werden von Reisen gehalten, die fast 8 Meter Durchmesser haben. Sie sind aus Stahl erster Güte und wiegen 18 000 Kilogramm. Das kalifornische Fest ist 11,45 Meter hoch und hat in seinem mittleren Teile einen Umfang von 29,50 Meter; es faßt 100 000 Liter mehr als das Heidelberger Fest. Um einen deutlichen Begriff von seinen kolossalen Dimensionen zu geben, wollen wir zum Schluß noch mitteilen, daß am Tage seiner „Einweihung“ die Besitzer im Innern des Festes ein von vierzig Dienern aufgetragenes Festmahl von 300 Gedecken gegeben haben.

Die Hygiene der Touristik.

Wie bei jedem Sport, so hat man sich bei der Touristik vor jeder Ueberanstrengung zu hüten. Denn Uebermüdung als Folge der Ueberanstrengung kann schon Schädigungen der Muskeln und Nerven erzeugen. Namentlich wird das Herz geschädigt. Herzklappen tritt ein, der Puls wird beschleunigt. Es bedarf dann einer längeren Schonung, um das Herz wieder in normalen Gang zu bringen. Ein langsame und gleichmäßige Training ist notwendig. Die Ernährung des Touristen hat vermehrten Genuß von stärkehaltigen Substanzen, Einschränkung der Flüssigkeitszufuhr zu berücksichtigen. Neben dem Training ist ausreichende Abkühlung notwendig. Die Bekleidung muß warm sein, d. h. sie muß den Körper vor zu großer Wärmeabgabe schützen. Man wähle nicht zu dunkle Farben. Bei den Schuhen achte man weniger auf Eleganz als auf gutes Pflaster und Bequemlichkeit, die Schuhe dürfen nicht zu fest geschnürt sein, damit der Blutumlauf nicht zu sehr behindert wird. Auf großen Touren soll man den Alkohol meiden. Als Narkotikum bei momentaner Schwäche hat er Vorzüge. Direkt als Gift wirkt er an einem heißen Tage oder gar bei Sonnenstich, wo durch Einwirkung des Hutes und Wärmestauung im Körper Vergiftungssymptome eintreten. Gut ist auch gestrichelter schwarzer Kaffee. Im Genuß von Wasser sei man vorsichtig. Freilebende Wasser schöpft man nur nahe der Quelle. Man trinke nur langsam und schluckweise, um sich vor rascher Abkühlung zu sichern. In neuerer Zeit wird betont, daß zum Hochtouristen ein ganzer Mann gehöre. Vollwertige Lungen, ein gesundes Herz, ungeschwächte Nerven, kräftige Muskeln, im Verein dazu eine gewisse geistige Regsamkeit sind unerlässliche Forderungen. Der Durch-

schnittsgroßstädter, aber besonders wenn er nervös, schwächlich und kurzatmig ist, begnüge sich mit leichten Bergtouren im Mittelgebirge.

Den Zweck und die Bedeutung des Wanderns erblickt man allerseits nicht bloß in der Kräftigung des Körpers, in der Hebung der Gesundheit, sondern auch in der Erfrischung und Bereicherung des Geistes, in der Weidung von Ausdauer und Entschlossenheit, in der Erziehung zum stitischen Charakter. Man muß sich aber von der fügen Idee, die so viele beherrscht, draußen besser leben zu müssen als zu Hause, frei machen. Diese Gewöhnung an Anspruchlosigkeit muß in Verbindung mit der durch sie geförderten Ausdauer und Fähigkeit als das bedeutendste Moment in der Reihe der erzieherischen Wirkungen des Wanderns anerkannt und gewürdigt werden. Wenn Seume vor über 100 Jahren sagte: „Es ginge alles besser, wenn man mehr gänge,“ so hat der Satz auch heute noch seine volle Berechtigung. Wie viel Gesundheit könnte erhalten, wie viele Millionen an Nationalvermögen könnten erspart werden, wenn der Sinn für Gymnastik, insbesondere für ein frischerfröhliches Wandern, das so ziemlich der einzige zweckmäßige körperliche Beschäftigung ist, der bis zum höchsten Alter getrieben werden kann, in den Massen des Volkes gewendet und erhalten würde. Das Wandern hat den großen Vorzug, daß es nicht allein körperliche Übungen im Freien, sondern auch die erfreulichste, geistige Nahrung bietet. Es weckt den Sinn für die Natur, die Fähigkeit und die Lust zur Beobachtung und Naturbeobachtung. Es bringt den jungen Leuten eine Fülle von Kenntnissen und Fähigkeiten bei, ohne daß sie ein Vernehmen merken.

Darüber, wie das Wandern auf die Entwicklung der Kinder von Einfluß ist, sind eingehende Untersuchungen gestellt worden. Es wurde festgestellt, daß

touren auf das Alter der Reise einen stark die Entwicklung fördernden Einfluß ausüben. Gleichzeitig wurde nachgewiesen, daß mit dieser frisch einsetzenden körperlichen Entwicklung eine Erhöhung der geistigen Funktionen eintritt. Diese Wanderungen sind gesundheitlich um so wertvoller, als vielfach sonst die Ernährung und die gesamte körperliche Entwicklung während der Geschlechtsreife sowohl bei Knaben wie Mädchen zurückbleibt. Und durch größere Berücksichtigung der körperlichen Betätigung während der wichtigsten Entwicklungsperiode des jugendlichen Alters wird eine harmonische Entfaltung der geistigen und körperlichen Ausbildung des wachsenden Organismus erreicht. Ein Teil der Wanderer nahm an Gewicht bereits während der sechsstägigen Tour zu, ein Teil verlor etwas an Gewicht, ein dritter Teil behielt das Gewicht. Bei fast allen Kindern aber war zu konstatieren, daß in den nachfolgenden 2 1/2 Monaten eine mehr oder weniger starke Gewichtszunahme zustande kam und zwar sowohl bei den Knaben wie bei den Mädchen, die zwischen 8 und 18 Pfund schwankte. Diese Nachwirkung einer mehrtägigen Marschleistung ist eine für die Physiologie des Wachstums und die jugendliche Entwicklung beachtenswerte Erscheinung. Jedenfalls ist der Beweis erbracht, daß schon eine kurzdauernde, mehrtägige Wanderung auf das Muskel- und Nervensystem des jugendlichen Organismus selbst bei dürftigem Ernährungszustand eine kräftige Einwirkung und einen Antrieb für seine gesamte Entwicklung während der nachfolgenden Monate zu geben vermag. Die Gewichtszunahme der Knaben war größer als die der Mädchen. Die beim Wandern erhöhten Ansprüche an Herz und Lunge finden in der zunehmenden Steigerung des Appetits und der Verdauung ihren Ausdruck.

Danziger Nachrichten.

Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung für Milch, Butter und Käse.

Von amtlicher Seite geht uns folgende Mitteilung zu: Nachdem in Deutschland, in Polen die Zwangsbewirtschaftung für Milch zum größten Teil aufgehoben ist, hat nach eingehender Prüfung der Sachlage und Würdigung auch der Danziger Verhältnisse der Senat auf Vorschlag des Wirtschaftsamtes den Beschluß gefaßt, die Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse in der gleichen Weise aufzuheben, wie es das Deutsche Reich getan hat. Die Veröffentlichung der Verordnung steht unmittelbar bevor. Seit dieser Verordnung wird nunmehr vom 1. Juni an der Verkehr mit Butter und Käse vollkommen frei, nur eingeschränkt durch die Bestimmung, daß die Ausfuhr aus dem Freistaat verboten wird. Der Verkehr mit Milch wird insoweit frei, als der Eigenbedarf der Milcherzeuger in Zukunft unbedeutend ist und der Besitzer sowie auch der Molkereibetrieb, die täglich nicht mehr als 100 Liter gewinnen, von allen Zwangsmaßnahmen freigestellt sind. Größere Betriebe und Besitzer, die mehr als 100 Liter täglich gewinnen, können im Bedarfsfalle angehalten werden, und zwar auch durch Zwangsmassnahmen, so viel Milch, wie sie in letzter Zeit an ihre Empfangsorte geliefert haben, auch weiter an sie zu liefern. Doch brauchen sie in diesem Falle nicht mehr an den bisherigen Empfänger zu liefern, sondern können nach Wahl auch an andere Empfänger im gleichen Orte die Milch abliefern. Nur wenn sie sich weigern, an den bisherigen Empfangsort überhaupt abzuliefern, können sie dazu durch behördliche Maßnahmen unter Festsetzung eines bestimmten Preises gezwungen werden. Im übrigen bleiben jedoch die Preise vollkommen frei und es muß dem freien Handel nunmehr überlassen bleiben, den Preis zu regeln und zu beweisen, daß er billiger arbeitet wie die Zwangsbewirtschaft. Für die Städte sind besondere Bestimmungen getroffen, nach denen diese den Verkehr mit Milch in ihrem Bezirk regeln können, insbesondere durch Kartenausgabe oder Kundenlisten für die Versorgung gewisser begrenzter Kreise (Schüler etc.) sorgen können. Diesbezügliche Anordnungen der Stadt Danzig werden demnächst veröffentlicht werden. Für Fälle der Not steht die neue Verordnung die Einführung von Zwangsablieferung wieder vor. Es können auch Verbote, gewisse Milchprodukte herzustellen, wieder eingeführt werden. Im übrigen muß auf die demnächst erscheinende Verordnung Bezug genommen werden.

Senat und Wirtschaftsamt haben nicht ohne schwere Bedenken der Neuordnung zugestimmt, waren aber der Ansicht, daß es nicht möglich sei, in Danzig, einem nur eng begrenzten Gebiet, die Zwangsbewirtschaft aufrecht zu erhalten, während in den umgrenzten Ländern die Zwangsbewirtschaft in oben geschilderter Weise bereits aufgehoben ist. Es mußte dabei auch berücksichtigt werden, daß zahlreiche Kreise der Verbraucher (?) in letzter Zeit eindringlich die Aufhebung der Zwangsbewirtschaft gefordert haben.

Die Verbraucher werden von dieser ihnen als verheißene Pfingstgabe bereiteten Überraschung durchaus nicht erbaunt sein. Wenn in der vorstehenden amtlichen Mitteilung behauptet wird, daß zahlreiche Kreise der Verbraucher eindringlich die Aufhebung der Zwangsbewirtschaft gefordert hätten, so trifft dies in keiner Weise zu. Im Gegenteil haben sich bisher alle Verbraucherpersönlichkeiten mehr oder weniger nachdrücklich für die Beibehaltung der öffentlichen Bewirtschaftung von Milch und Fett ausgesprochen. Uns ist es unerfindlich, daß Wirtschaftsamt und Senat mit so überraschender Uferlosigkeit dem Drängen der Produzenten nachgegeben haben. Da unsere Erzeugung in Milch und Fett weit hinter der Nachfrage zurückbleibt, so wird der im freien Handel zustande kommende Preis ein derart hoher sein, daß nur noch beschränkt zahlungsfähige Kreise diese Produkte kaufen können. Die Bevölkerung hat allerdings auch bisher schon auf den Buttergehalt verzichten müssen, mit Ausnahme der halbjährlich zur Verteilung kommenden 60 Gramm-Milch. Dieses „Quantum“ dient in erster Linie sicherlich auch mehr dazu, den Geschmack und das Aussehen der Butter in Erinnerung zu halten, als zur Ernährung beizutragen. In der freien unkontrollierten Preisbildung dürfte aber auch der jetzt im Schleißhafen gezahlte Butterpreis nicht standhalten, sondern noch weiter steigen. Der wertvollste Butterbestand wird bei der bereits fest aufgesetzten eingeschränkten Lebenshaltung selbst dann das kleinste Quantum Butter nicht mehr erschwinglich sein. Wenn die Verbraucher bei der Entscheidung über diese Frage ihr Wort in die Waagschale zu werfen hätten, würde das nicht im Sinne der Aufhebung, sondern

einem mit harter Elektrizität geladenen, gefährlichen Verhältnis kommt dann in den Dokumenten immer heftiger zum Ausdruck. Wir sehen die Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern häufigen Schwankungen unterworfen: Momente der höchsten Spannung wechseln mit dem ehrlichen Bestreben ab, eine Entspannung herbeizuführen und im Interesse des Weltfriedens zu einer Verständigung zu gelangen. Sowie man derartige Bestrebungen in England beobachten kann, sind sie vor allem auf den Druck der öffentlichen Meinung zurückzuführen, die sich oft im Gegensatz zu der von Grey persönlich vertretenen Politik befindet. In dieser Hinsicht wird die Möglichkeit einer Demission Grey's ermöglichen, wenn England sich gezwungen sehen würde, sich von der Entente abzuwenden und sich Deutschland zu nähern. Man kommt zu einer stetig fortschreitenden Erstarrung und Konjunkturalisierung des Entente-Bündnisses, der immer mehr den Charakter einer den Zentralmächten entgegengelegten Mächtegruppe annimmt, die trotz aller gegenteiligen Behauptungen ihrer leitenden Staatsmänner der breiten Öffentlichkeit gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Betätigung Deutschlands in allen Weltteilen handelnd entgegen tritt — eine Erscheinung übrigens, die sich wie ein roter Faden durch alle Kapitel der vorliegenden Dokumente hindurchzieht.

Wenn man die mehr als 800 Seiten veröffentlichter Akten kritisch durchsieht, so ist man über die Leichtigkeit betroffen, mit der bei an sich belanglosen Anlässen von der Möglichkeit des Ausbruchs des Krieges gesprochen wird, und Vorbereitungen für eine derartige Eventualität getroffen werden. Die politische Moral ist derart verwildert, daß von den auf der Weltbühne handelnden auftretenden Menschen kaum einer noch ernstlich daran glaubt, daß die Menschheit an einem neuen Miserefaktoren vorbeikommt merke.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Die Entscheidung über die Schienenwege.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Aus den Gerichtssälen.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Veranstaltungs-Anzeiger

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Ständesamt vom 17. Mai 1920.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Kleine Nachrichten.

Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt. Der Senat hat sich am 10. Mai 1920 mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Milch, Butter und Käse beschäftigt. Die Entscheidung wurde einstimmig gefaßt.

Die geistige Arbeit der Akademie baut sich im Gegensatz zu allen anderen Schulen und Hochschulen auf die Lebenserfahrung des einzelnen Menschen auf, die sich vor allem auf Erlebnisse rechtlicher Art (Tarifvertrag, Betriebsrat-

Von dem Betrieb der Geisteswissenschaften auf den Hochschulen unterseibet sich die Art der Arbeit durch die unmittelbare Einwirkung der Erfahrung auf die Wissenschaft, der Wissenschaft auf die Erfahrung. Sie unterseibet

Nach all diesem wird es nicht wunder nehmen, daß die Akademie Zeugnisse und Diplome nicht erteilt.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Solge, für den
 sonstigen Nachrichten- und die Unterhaltungsbeilage Fritz
 Weber, beide in Danzig; für die Illustrate Bruno Gwertz
 in Oliva. Druck und Verlag von J. Wehl u. Co., Danzig.

(4319)

**In unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich**

(4B20)

Klein-Kunst-Bühne „Libelle“



Buchhandlung Volkswacht
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.



**Ordentl. Malerlehrling
und Laufbursche sucht
Hesse-Malermeister.**

S. Wandel 4190